

BBB zweifelt an Nahverkehrskonzept

(Bruchköbel/pm/jgd) - Der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) geht am 2. Juni mit drei Anträgen in die Stadtverordnetenversammlung. Es geht um die Umsetzung des Bürgerwillens in Roßdorf (siehe sep. Bericht), die Verbesserung des vorliegenden Vertrages zum ÖPNV und die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorstes. Alle Anträge orientierten sich am Leitbild der Stadt Bruchköbel und der Grundaussage des BBB „Der Mensch im Mittelpunkt“. Wie entwickelt sich der öffentliche Personennahverkehr in Bruchköbel? Diese Frage stelle sich nach der letzten Ausschusssitzung mehr denn je. Der zur Abstimmung vorliegende Vertrag (inkl. Fahrpläne) sehe deutliche Verschlechterungen der Linie MKK 33 vor. Es werde zu einer Ausdünnung bzw. Halbierung der fahrenden Busse in den Kernzeiten kommen. Dies führe zu einer Einsparung von ca. 200.000 Euro. Die benötigten Kapazitäten sollen durch größere Busse bewältigt werden.

Der BBB werde die Veränderungen beobachten und nach einer „Probezeit“ eventuell notwendige Verbesserungen beantragen. Erfreulich sei dagegen die Einführung der vom BBB geforderten Linie nach Wilhelmsbad. Allerdings seien hier Verbesserungen notwendig, die der BBB in einem Änderungsantrag in der nächsten Stadtverordnetenversammlung einbringen werde. Ein weiterer Antrag beinhaltet die Entwicklung

**fairgeben, fair sorgen,
fairteilen:** Gottes Spielregeln
für eine gerechte Welt

www.brot-fuer-die-weit.de

des Fliegerhorstes. Der Radeberger-Brauereikonzerne habe vor wenigen Tagen öffentlich erklärt, die Unternehmung werde Frankfurt verlassen und suche einen neuen Standort im Rhein-Main-Gebiet. Das bisherige Gewerbesteueraufkommen nur für die Stadt Frankfurt werde mit 2 Millionen Euro beziffert, die Zahl der Arbeitsplätze mit 500. Die vorliegende Machbarkeitsstudie für den Fliegerhorst hat positive Bewertungen für Betriebe mit Bedarf bis zu 20 Hektar Gewerbeland und darüber hinaus festgestellt, das ganz besonders eine gute Eignung des Fliegerhorstgeländes für Unternehmen mit Anforderungen an eine gute Logistik und Verkehrsanbindung besteht, so der BBB. Der Magistrat soll beauftragt werden, unverzüglich mit der Radeberger-Gruppe Kontakt aufzunehmen und zu klären, ob diese für eine Unternehmensansiedlung auf dem Gelände des ehemaligen Fliegerhorstes gewonnen werden kann.